

GEMEINSAM MEHR?

BEWERTUNG DES KOOPERATIONSVERTRAGES

Tischvorlage zum Unterbezirksparteitag am 10. November 2009

BEWERTUNG DES KOOPERATIONSVERTRAGES

Juso-Unterbezirksvorstand, November 2009

Unabhängig von der inhaltlichen Ausgestaltung betrachten wir Jusos die Kooperation mit der CDU als strategisch ungünstig, auch wenn wir die bestehenden Rahmenbedingungen akzeptieren. Insbesondere mit Blick auf die Aufstellung für die Kommunalwahl 2014 kann die große Kooperation problematisch werden. Im vergangenen Wahlkampf ist deutlich geworden, dass die Kooperation mit der CDU zu einem Profilverlust geführt hat. Dies ist zum einen damit zu begründen, dass wesentliche Erfolge der Kooperation, die auf Initiative der SPD eingebracht und umgesetzt wurden, nicht als Erfolge der SPD darstellbar waren. Einher geht immer ein Zwang zum Kompromiss, was dazu führt, dass viele Probleme ausgeklammert wurden und werden, die keinen Konsens finden bzw. gefunden haben. Zudem ist der Wahlkampf in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner aus unserer Sicht zu zahm geführt worden. Insbesondere Angriffe auf das bürgerliche Lager wurden mit Blick auf die mögliche Fortsetzung der großen Kooperation unterbunden oder nicht vorgenommen.

Große Kooperationen führen auch verstärkt zu einem deutlichen Absinken der Wahlbeteiligung. Beide Partner der großen Kooperation verloren Stimmenanteile. Der Linke Rand wurde durch die große Kooperation gestärkt. Die LINKE hatte sogar durchgehend bessere Werte, als die prognostizierten Wahlergebnisse erreicht. Inhaltlich führte die Kooperation zu einer starken Annäherung beider Partner und damit sinkendem Potential für eine inhaltliche Abgrenzung im Wahlkampf. Gerade dieses strategische Argument ist für die Bewertung einer Neuauflage der großen Kooperation mit Blick auf die kommende Wahl von entscheidender Bedeutung.

Finanzpolitik

Die grundlegenden Forderungen entsprechen dem, was bereits seit langem, auch über die Parteigrenzen hinweg, gefordert wird. Daneben existieren eine ganze Reihe Punkte, die einer genaueren Betrachtung bedürfen.

Appelliert wird an die Wuppertaler Bürgerinnen und Bürger. Dringender ist der Appell an die gesamte CDU zu richten, die auf Landesebene maßgeblich für die problematische Situation der Kommunen mit Verantwortung trägt.

Daneben sollen weitere erhebliche Beiträge zur Konsolidierung des städtischen Haushalts erbracht werden.

Dazu wird ein Garantiekatalog aufgestellt, der verschiedenen Maßnahmen beinhaltet, von denen aus Sicht der Jusos zumindest zwei kritisch zu hinterfragen sind:

- Die Fortsetzung der strikten Haushaltsdisziplin darf nicht in eine Fortsetzung der Haushaltssperre münden. Bereits jetzt wird deutlich, welche Auswirkungen dies unter anderem auf die Verteilung freier Mittel in den Bezirksvertretungen hat und wie fatal der Wegfall von Fördermöglichkeiten von Vereinen, kleinen Projekten und Veranstaltungen in den Bezirken wirkt. Zudem stehen Verlängerungen befristeter Arbeitsverträge in allen städtischen Betrieben und Abteilungen der Verwaltung unter dem Finanzierungsvorbehalt des Kämmers. Dies kann dazu führen, dass Stellen nicht besetzt werden können, selbst wenn die Finanzierung sichergestellt wäre und so das Leistungsangebot der Stadt durch die „Hintertür“ gekürzt wird.
- Eine an den Notwendigkeiten orientierte Einstufung aller kommunalen Steuern und Gebühren darf in keinem Fall zu Erhöhungen selbiger führen, gleich welche Notwendigkeiten dafür sprechen mögen. Da eine Senkung durch entsprechende Vorgaben der Kommunalaufsicht ausgeschlossen ist, bliebe im Umkehrschluss nur der Weg steigender Steuern und Gebühren. In dem sicheren Wissen, dass dies die Kluft der Lebensunterschiede und -wirklichkeiten zwischen wohlhabenden Städten und Städten im Nothaushaltsrecht verbreitern würde und die Ansiedlung von Unternehmen und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen schwieriger würde, ist dies aus unserer Sicht ein ungangbarer Weg.

Die Jusos begrüßen ausdrücklich die vorgesehene gesteigerte Rolle der Politik in der Beratung der Einsparvorschläge im Rahmen des angekündigten Haushaltssicherungskonzeptes.

Im Kommunalwahlprogramm hat sich die SPD deutlich für den Erhalt der sozialen Infrastruktur in unserer Stadt ausgesprochen. Nunmehr wird davon ausgegangen, dass ein weiterer Verzicht auf die Erhöhung der Zuschüsse zu weiteren Einschränkungen führen wird. Die Auswirkungen sollen im Kontext des Haushaltssicherungskonzeptes, das lediglich weitere Einsparungen zum Inhalt hat, mit den freien Trägern erörtert werden. Wir Jusos fordern ein klares Bekenntnis zum Erhalt der sozialen Infrastruktur analog dem Kommunalwahlprogramm und die Erklärung des Verzichts auf weitere Absenkungen der Zuschüsse an freie Träger im Sozialbereich und Soziale Einrichtungen.

Soziales, Jugendhilfe und Familie

Wir Jusos stellen fest, dass die wesentlichen Punkte des Kommunalwahlprogramms in der Kooperationsvereinbarung umgesetzt werden. Besonders begrüßen wir die Ausweitung der Frühförderung und Betreuung unterdreijähriger Kinder.

Auch die Aufnahme der Forderung von Integration von Kindern und Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf begrüßen wir ausdrücklich. Angesichts der angespannten Haushaltslage wird es spannend, welche der Forderungen sich tatsächlich als realisierbar herausstellen.

Wirtschaft und Arbeit

Die Darstellung der wichtigsten Aufgaben und Herausforderungen ist aus unserer Sicht gelungen und zutreffend. Daneben sind alle wesentlichen Punkte des Kommunalwahlprogramms enthalten und übersetzt.

Einzig der Bereich der Ausprägung eines neuen Wirtschaftszweiges Energie und Energieeffizienz ist aus unserer Sicht unzureichend formuliert, wenn auch im Ansatz völlig zutreffend. Im Kommunalwahlprogramm gehen wir dabei von neuen Chancen und Potentialen aus. Die bloße Hebung von Synergieeffekten alleine wird nicht ausreichen diese Chancen und Potentiale zu nutzen, geschweige denn zu generieren. Die im Kommunalwahlprogramm vorgesehenen verbindlichen Zielvereinbarungen tauchen nicht auf. Auch die Formulierung, kommunale Handlungslinien für einen Strukturwandel festzuschreiben zu wollen ist nicht in der Kooperationsvereinbarung zu finden. Es entsteht damit der Eindruck, dass die ideologischen Anfeindungen der CDU in diesem Bereich noch immer vorhanden sind, bzw. bewusst ein „Schonraum“ geschaffen wurde. Wir Jusos betrachten gerade die Ausrichtung Wuppertals auf neue und innovative Wirtschaftsfelder als zentral für das Vorhaben der Ansiedlung neuer Arbeitsplätze. Aus diesem Grund erscheint die gewählte Formulierung zu schwach, um dies auch deutlich zu machen.

Die Rolle des Stadtmarketing findet keine zureichende Erwähnung. Gerade in diesem Themenbereich wäre eine Definition der zukünftigen Rolle und Struktur des Stadtmarketing aber notwendig gewesen.

Bedauerlicherweise bleibt das Bekenntnis zur Ansiedlung von IKEA in Wuppertal einer der wenigen wirklich konkreten Punkte in der Kooperationsvereinbarung. Eine solche Deutlichkeit wird an anderen Stellen sehnlichst vermisst.

Öffentliche Unternehmen

Wir betrachten diesen Abschnitt als gelungen. Lediglich die Einräumung weiterer Teilprivatisierungen wird von uns scharf kritisiert. Im Kommunalwahlprogramm haben wir uns strikt gegen Privatisierungen ausgesprochen. Gleich welcher Begrenzung, ist die nun vorgesehen Möglichkeit weiterer Teilprivatisierungen eine eklatante Abweichung vom Kommunalwahlprogramm. Dies steht im deutlichen Widerspruch zur Politik der SPD in Bezug auf die Privatisierung der Sparkassen, der LEG und der Änderung des § 107 GO. Wir Jusos fordern einen klar erklärten Verzicht auf weitere Privatisierungen.

Stadtentwicklung, Umwelt- und Klimaschutz, Verkehr

Die Jusos Wuppertal begrüßen die Schaffung eines kommunalen Klimafonds und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung ausdrücklich. Der gesamte Bereich ist durchweg positiv zu beurteilen. Einzig die fehlende Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern im Bereich der Stadtentwicklung, wie wir sie noch im Kommunalwahlprogramm in Aussicht gestellt haben, ist ein geringes Manko.

Bildung

Erfreulich ist die vorgesehene Schaffung einer Beratungsstelle für das Übergangsmanagement Schule - Beruf - Studium und der geplante Ausbau der Sprachfördermaßnahmen. Im Übrigen bleiben die Formulierungen zu unkonkret, wenig ambitioniert und mit Grußadressen an die Junior-Universität durchsetzt. Die Verbesserung der Ausstattung der Berufskollegs und die Entwicklung eines regionalen Bildungsmanagements fehlt gänzlich. Zudem ist die Rolle der Stadt Wuppertal als Universitätsstadt in keiner Form und keinem Themenbereich adäquat berücksichtigt.

Kultur

Die Jusos Wuppertal bedauern die weiterhin fehlende Förderung der freien Kulturszene. Verwiesen wird lediglich auf Drittmittel. Am Status Quo ändert sich dadurch nichts. Eine Wertschätzung aller Sparten ist damit nicht zwingend zu erkennen. Zumindest ein Ersatz für weggefallene Ausstellungsmöglichkeiten hätte man benennen können, wenn dieser Zustand im Kommunalwahlprogramm schon als inakzeptabel beschrieben wurde. Die Diskussion über die Zukunft der Wuppertaler Kulturlandschaft wird offensichtlich auf einen späteren Zeitpunkt verschoben, was angesichts des zu erwartenden Haushaltssicherungskonzeptes auch sinnvoll sein kann. Die Rolle des Stadtmarketings wird nicht mehr aufgegriffen.

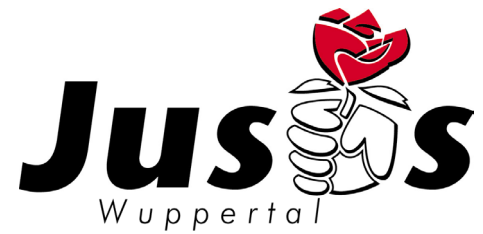
Sport und Freizeit

Die weiterhin kostenfreie Nutzung der Sportstätten ist wichtig. Wir begrüßen daher den erklärten Verzicht.

Fazit

Insgesamt überwiegt ein inhaltlich positiver Eindruck. Zahlreiche wesentliche Punkte des Kommunalwahlprogrammes sind in der Vereinbarung enthalten. Diese trägt damit eine eindeutig sozialdemokratische Handschrift. Wir betrachten die Kritik an einzelnen Punkten der Vereinbarung nicht als Vorwurf an die Verhandlungsdelegation, sondern als Hinweise an Fraktion und Partei, diese Anmerkungen bei der realen Ausgestaltung der Vereinbarung zu berücksichtigen.

GEMEINSAM MEHR?



Ausblick

Als Jusos sehen wir uns in der Verantwortung, unsere Partei zu offensiver und innovativer Politik zu treiben und gesellschaftliche Bewegungen zu unterstützen, die für progressive, innovative und soziale Politik stehen. In der Vereinbarung selbst finden wir kaum Aspekte, die Jugendliche und jüngere Generationen anspricht. Daher sehen wir es als notwendig an, diese Punkte zukünftig stärker in den Fokus der politischen Entscheidungsträger zu rücken.

Uns ist bewusst, dass Alternativen zur Kooperation zu ungewissen, unwägbar und sicherlich auch schwierigen Verhältnissen führen könnten. Aus diesem Grund ist eine Fortsetzung der großen Kooperation jedoch lediglich auf Zeit begründbar. In Sachen „soziale Frage“ und „Entwicklung der Gemeindefinanzen“ ist damit zu rechnen, dass wir harte Auseinandersetzungen bekommen werden. Wir fordern die SPD auf, diese Auseinandersetzungen, auch in der eigenen Partei, offen und transparent zu führen. Nur damit zeigen wir wirklich Verantwortung für Wuppertal und für die SPD. Nur an diesem Kurs werden wir Jusos uns beteiligen!